

Unzureichendes Klimaabkommen in Cancún

Ein Minimalkompromiss bietet keinen Grund zum Jubeln

Die internationale Nichtregierungsorganisation Friends of the Earth (FoE) kritisiert den Minimalkompromiss der internationalen Klimakonferenz im Dezember 2010. Mit den erzielten Ergebnissen ist eine Erderwärmung bis zu vier Grad Celcius zu erwarten. Ernsthafter politischer Willen der Industriestaaten ist erforderlich – für drastische Emissionsreduktion ohne einen CO₂-Handel.

Von Susann Scherbarth

Die Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (UN) in Cancún, Mexiko, endeten im Dezember 2010 mit einem inhaltlich sehr schwachen Klimakompromiss. Das Cancún-Abkommen hat die UN-Verhandlungen zwar vor dem Zusammenbruch bewahrt, jedoch stehen die Industriestaaten in 2011 vor der großen Herausforderung, daraus ein gerechtes und wirksames Abkommen zu entwickeln. Die bisherigen Ergebnisse sind vollkommen unzureichend, einem verheerenden Klimawandel entgegenzuwirken und tragen nicht zum eigentlichen Ziel bei, gefährliche anthropogene Störungen des Klimasystems zu verhindern.

Der Kompromiss in Cancún beinhaltet keine rechtlich bindenden Emissionsreduktionsziele, wie sie noch im Kyoto-Protokoll vereinbart wurden. Die Vereinigten Staaten konnten ihre Forderungen, die sie bereits im für FoE nicht akzeptablen Kopenhagen-Akkord festschrieben, fast vollständig durchsetzen (1). Dazu gehören unverbindliche Versprechen, sogenannte „Pledges“, aller Regierungen, ihre Emissionen bis 2020 zu senken, sowie ein Mechanismus, mit dem diese Versprechen in regelmäßigen Abständen begutachtet werden, ein sogenannter „Review“.

Diese Unverbindlichkeit ist ungenügend. Wissenschaftliche Studien belegen, dass wir damit auf eine Welt mit einer Erwärmung von bis zu vier Grad Celcius zusteuern könnten, was katastrophale Konsequenzen weltweit zur Folge hätte (Rogelj et al. 2010). Die Unverbindlichkeit entzieht den reichen Industriestaaten jeglichen Druck und Verantwortung. Stattdessen wird noch mehr Druck auf die Entwicklungsländer ausgeübt.

Zudem entsprechen diese Zusicherungen nicht den Vorgaben des Kyoto-Protokolls, rechtlich bindende Minderungsziele für reiche Industriestaaten auf UN-Ebene festzuhalten. Wegen des Widerstands von Staaten wie Russland, Japan, Kanada und den USA befindet sich das Kyoto-Protokoll in höchster Gefahr und vor dem Fall in die Bedeutungslosigkeit. Es ist das bisher

einzigste bindende internationale Instrument, um den Ausstoß von Treibhausgasen der Industriestaaten zu reduzieren.

Eines der wenigen begrüßenswerten Ergebnisse von Cancún ist ein internationaler Klimafond („Green Climate Fund“), dessen Implementierung bisher aber unklar ist. Er beinhaltet noch immer nur die im Kopenhagen-Akkord festgehaltenen 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr in 2020, um Entwicklungsländern beim Übergang in eine emissionsarme Zukunft zu unterstützen. Woher das Geld genau kommen soll und was der Anteil von öffentlichen und privaten Geldern sein würde, ist noch immer unklar. Klar ist aber, dass die vorgeschlagene Summe völlig unzureichend ist. Der Report der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der UN (UNDESA) von 2009 zeigt, dass mindestens 500 bis 600 Milliarden US-Dollar jährlich für Entwicklungsländer benötigt werden, um einen angemessenen Beitrag zu leisten und die Klimaschulden der reichen Industriestaaten als Verursacher zurückzuzahlen (UNDESA 2009).

Es muss schleunigst verhandelt werden, woher das benötigte Geld für Entwicklungsländer kommen soll, ob es zusätzliche finanzielle Mittel zur jährlichen generellen Entwicklungszusammenarbeit sind und wie es detailliert verwaltet wird. Hier ist die angedachte Rolle der Weltbank als Vermögensverwalter überaus kritisch zu betrachten.

Schaffung von größeren Schlupflöchern

Der Minimalkompromiss von Cancún beinhaltet außerdem eine zusätzliche gravierende Schwäche. In Cancún wurden zahlreiche weitere Möglichkeiten eröffnet, neue und bereits existierende Marktmechanismen auszuweiten und somit mehr Emissionen über internationale Projekte vermeintlich zu reduzieren. Die Industriestaaten verschaffen sich damit in der Realität aber nur noch mehr Schlupflöcher, um tatsächliche Reduktionen im eigenen Land zu umgehen. So ist zum Beispiel die Einbindung von Atom und Kohle mittels Kohlenstoffabscheidung und -speicherung in diese Mechanismen stärker denn je zu befürchten.

Auch die Versuche, fragwürdige Berechnungsmethoden beim CO₂-Speicherpotenzial von Wäldern durchzusetzen, schaden der Klimaschutzpolitik. Die von zahlreichen Ländern unterstützte Nichtberücksichtigung von CO₂-Emissionen aus der Waldnutzung könnte allein in den Industriestaaten zu einem geschätzten Kohlendioxidzuwachs von etwa 450 Millionen Tonnen pro Jahr führen. Das entspricht in etwa den jährlichen Emissionen von Frankreich.

Um die Verhandlungen in Cancún angemessen bewerten zu können, müssen die vereinbarten Inhalte und der abgelaufene Prozess gemeinsam betrachtet werden.

Ein demokratischer Prozess?

Die mexikanische Präsidentschaft der UN-Klimaverhandlungen zeigte sich nach der großen Pleite der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen 2009 viel geschickter als noch die dänischen Gastgeber. Von großem Vorteil war die im Vorfeld heruntergeschraubte Erwartungshaltung. Die mexikanischen Gastgeber zeigten sich nach außen hin sehr transparent, integrativ und verständnisvoll gegenüber den verschiedenen Regierungen und Anspruchsgruppen. Jedoch scheint der Prozess hinter verschlossenen Türen sehr viel intransparenter und undemokratischer abgelaufen zu sein. Was bedeuten somit demokratische, transparente und konsensorientierte Verhandlungen noch, wenn die vor Jahren vereinbarten Regeln nicht eingehalten werden?

Wie die beschriebenen Ergebnisse zeigen, werden die Länder mit der geringsten Verantwortung für den Klimawandel, also die Entwicklungsländer, in eine Situation gebracht, die katastrophalen und irreversiblen Klimaveränderungen überproportional bekämpfen zu müssen (2). Gleichzeitig kommen reiche Industriestaaten ihrer historischen Verantwortung nicht nach, drastisch Emissionen im eigenen Land zu reduzieren. Der notwendige politische Wille fehlt, der Dringlichkeit angemessen zu reagieren (FoE 2010). Trotz all der Unzulänglichkeiten haben am Ende der Verhandlungen in Cancún alle Nationen zustimmend geklatscht, Bolivien ausgeschlossen. Bolivien blieb bis zum Ende die einzige Partei, welche die gravierenden Mängel des Abkommens kritisierte (3). Andere Regierungen, die mit Bolivien für einen wirksamen Klimaschutz eintraten, hielten sich am Ende in ihren öffentlichen Aussagen sehr zurück. Es geht mittlerweile bei den UN-Klimaverhandlungen um mehr, als Lösungen für den Klimawandel zu finden. Es geht um Wettbewerbsfähigkeit, Macht und Geld.

Für eine umfassende Bewertung der Verhandlungen in Cancún sind letztendlich die Ergebnisse entscheidend und was aus den bisherigen Resultaten gemacht wird. Wie lange sollen wir noch auf Gerechtigkeit und den erforderlichen politischen Willen warten? Grosse Hoffnungen auf die wahren Blockierer wie die USA, Japan, Russland, Kanada, Australien und die Europäische Union (EU) bestehen leider nicht.

Emissionshandel keine zielführende Lösung

Erforderlich ist, die immer größer werdenden Schlupflöcher für Industriestaaten zu schließen. Das beinhaltet zum Beispiel das Entziehen von Klimaschutzverpflichtungen durch den Klima-Ablasshandel. Europäische Industrien und Staaten können sich durch internationale Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern, den sogenannten „Clean Development Mechanism“ (CDM), freikaufen. Diese Projekte sind äußerst kritisch zu be-

werten, sie erfüllen die ökologischen und sozialen Kriterien nur selten und reduzieren Emissionen meist nur auf dem Papier und nicht in der Realität (4). Der europäische Emissionshandel versagt an zu vielen Stellen. Besonders kritisch ist die hohe Zuteilung von Zertifikaten, wodurch kein wirklicher Druck zur Reduzierung von Emissionen ausgeübt wird (FoEE 2010).

Der CO₂-Handel weltweit und besonders der europäische Emissionshandel ist keine zielführende Lösung, sondern blockiert eher innovative, positive Ansätze wie Regulierungen wie Effizienzstandards, CO₂-Steuern oder gezielte Förderungen wie Stromeinspeisevergütungen.

Auch die Anrechnung von Waldemissionen über den REDD-Mechanismus („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“) wird nicht die entscheidenden Anreize schaffen, um die Entwaldung zu stoppen. Durch die Vereinbarungen in Cancún zu REDD werden die Rechte von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften angegriffen, und auch die Gefahr, dass Wälder in den Emissionshandel einbezogen werden, ist immer noch nicht ausgeräumt.

Die EU muss ambitioniertere und gerechte Lösungen aufzeigen, und dafür muss sich auch Deutschland einsetzen. Die EU muss ihrer historischen Verantwortung nachkommen und ihr verbindliches Emissionsreduktionsziel deutlich erhöhen – auf mindestens 40 Prozent bis 2020 innerhalb Europas (5). Zudem ist es genauso wichtig, angemessene, transparente und zusätzliche finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer zu gewährleisten.

Außerdem spielt die EU eine wichtige Rolle in der Zukunft des Kyoto-Protokolls. Ohne den vereinbarten richtigen Gesetzesrahmen kann nicht weiter über konkrete klimagerechte Inhalte verhandelt werden, und dafür muss sich die EU unmissverständlich einsetzen.

Klimagerechte Lösungen liegen auf dem Tisch

Die EU muss die Fixierung auf den CO₂-Markt beenden. Stattdessen muss sich die EU für den Ausbau marktunabhängiger Klimaschutzmaßnahmen einsetzen. Neben ambitionierten Reduktionszielen für CO₂-Emissionen ist ein bindendes Energieeffizienzziel ebenso erforderlich wie ein stärkerer Ausbau Erneuerbarer Energien für ein baldiges Ende des fossilen Zeitalters. Ein positives Beispiel sind verbindliche, nationale Klimaschutzgesetze, die zu jährlichen CO₂-Emissions-Minderungen führen (6).

Nicht zuletzt müssen wir jedoch auch unseren eigenen Lebensstil hin zu einem mehr klimagerechten Leben verändern. Das bedeutet unter anderem eine Umstellung unserer Ernährung auf regionale, ökologische, fair gehandelte und am besten vegetarische Produkte, eine regelmäßige Benutzung öffentlicher Transportmittel und einen kritischeren Umgang mit anderen Ressourcen.

Viele Regierungen und zivilgesellschaftliche Gruppen stehen der Zukunft der internationalen Klimapolitik und den nächsten Klimaverhandlungen in Durban, Südafrika, im De- ➔

zember 2011 kritisch und wenig erwartungsvoll gegenüber. Es gibt jedoch Gründe genug, als Nichtregierungsorganisation weiter auf UN-Ebene sehr aktiv zu sein: unverbindliche CO₂-Reduktionsziele, ein mögliches Ende des Kyoto-Protokolls, der geplante Ausbau der CO₂-Märkte, der Einfluss der Weltbank und der ungemein große Druck auf die Entwicklungsländer.

Was können Organisationen wie FoE bis Ende Dezember tun? Afrika ist der Kontinent mit der geringsten historischen Verantwortung für den Klimawandel, der aber gleichzeitig am stärksten von den Konsequenzen des Klimawandels betroffen ist. Wir müssen Entwicklungsländer besser mit Wissen und Ressourcen für die Verhandlungen unterstützen. Gleichzeitig muss die Zivilgesellschaft mehr Druck auf Entscheidungsträger(innen) der Industriestaaten ausüben. FoE wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, weltweit Umweltbewegungen zu stärken, um Klimagerechtigkeit zu erzielen.

Anmerkungen

- (1) Der Text des Kopenhagen-Akkords im Internet: http://unfccc.int/meetings/cop_15/copenhagen_accord/items/5262.php
- (2) Zur Illustration einer 4°C-Welt und der regionalen Auswirkungen der klimatischen Veränderungen siehe: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100623194820/http://www.actoncopenhagen.decc.gov.uk/content/en/embeds/flash/4-degrees-large-map-final>
- (3) Die Stellungnahme des plurinationalen Staats Bolivien zu den Ergebnissen von Cancún im Internet unter: <http://climateandcapitalism.com/?p=3612>
- (4) Nähere Informationen zu fragwürdigen CDM-Projekten im Internet unter www.cdm-watch.org
- (5) Eine in Zusammenarbeit mit FoE Europe durchgeführte Studie des Stockholm Environment Institute (SEI) zeigt, dass es für die EU durchaus möglich wäre, die CO₂-Emissionen bis 2020 um mehr als 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren (Heaps et al. 2009).
- (6) Näheres hierzu im Internet unter: www.thebigask.eu

Literatur

FoE [Friends of the Earth]: Reckless Gamblers. How politicians' inaction is ramping up the risk of dangerous climate change. A report from Friends of the Earth. London 2010. Online: http://www.foe.co.uk/resource/reports/reckless_gamblers.pdf.

FoEE [Friends of the Earth Europe]: The EU Emissions Trading System: failing to deliver. Brüssel 2010. Online: http://www.foeeurope.org/climate/download/FoEE_ETS_Oct2010.pdf.

Rogelj, J. / Chen, C. / Nabel, J. / Macey, K. / Hare, W. / Schaeffer, M. / Markmann, K. / Höhne, N. / Krogh Andersen, K. / Meinshausen, M.: Analysis of the Copenhagen Accord pledges and its global climatic impacts – a snapshot of dissonant ambitions. In: Environmental Research Letters 5, 3/2010.

Heaps, C. / Erickson, P. / Kartha, S. / Kemp-Benedict, E.: Europe's Share of the Climate Challenge. Domestic Actions and International Obligations to Protect the Planet. Stockholm 2009. Online: http://sei-international.org/mediamanager/documents/Publications/Climate-mitigation-adaptation/europes_share_heaps_09.pdf

UNDESA [United Nations Department of Economic and Social Affairs]: World Economic and Social Survey 2009: Promoting Development, Saving the Planet. New York 2009. Online: http://www.un.org/en/development/desa/policy/wess/wess_archive/2009wess.pdf.

AUTORIN + KONTAKT

Susann Scherbarth ist Campaignerin im Climate Justice and Energy Programme der Umweltorganisation Friends of the Earth mit dem Fokus internationale Klimapolitik und Mobilisierung.



Friends of the Earth Europe, Rue d'Edimbourg 26, 1050 Brüssel, Belgien. Tel.: +32 2 893 10 14. E-Mail: susann.scherbarth@foeeurope.org, Internet: www.foeeurope.org



Über Zäune und Schranken

Elinor Ostrom, die erste Frau, die den Wirtschaftsnobelpreis verliehen bekam, forscht zu Gemeingütern. Was macht sie aus? Unter welchen Bedingungen können sie so genutzt werden, dass wir langfristig von ihnen profitieren? Am Beispiel der Bewahrung von Wäldern und Meeren beschreibt sie Aufbau und Funktion von Institutionen, die Menschen helfen, so zu kooperieren, dass nachhaltige Nutzung gelingen kann. »Ich bin dagegen, bei jedem Problem die Lösung ausschließlich beim Markt oder dem Staat zu suchen. Es gibt auch noch andere Wege.« E. Ostrom

E. Ostrom

Was mehr wird, wenn wir teilen

Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter

ca. 128 Seiten, Hardcover, 14,95 EUR, ISBN 978-3-86581-251-3
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft oekom

Lizenzhinweis

Die Beiträge in *Ökologisches* Wirtschaften werden unter der Creative-Commons-Lizenz "CC 4.0 Attribution Non-Commercial No Derivatives" veröffentlicht. Im Rahmen dieser Lizenz muss der Autor/Urheber stets genannt werden, das Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert und außerdem nicht kommerziell genutzt werden.

Die digitale Version des Artikels bleibt für zwei Jahre Abonnent/innen vorbehalten und ist danach im Open Access verfügbar.